

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Verdenstraße 14.

Herausgeber:
Otto Kilian

Verlagspreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Restname im Textteil. Anzeigensätze zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Sonntags: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfachkonto: Leipzig 109548 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 17. Dezember 1924

4. Jahrgang * Nr. 244

Die KPD. Todfeindin jeder kommenden Dawes-Regierung

Parole der Werktätigen: **Schluß mit der Republik des bürgerlichen Kuhhandels — Kampf für die Diktatur des Proletariats!**

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Dezember.

Die kommunistische Reichstagsfraktion veröffentlicht zu dem gestern erfolgten Rücktritt der Regierung folgende Erklärung: Die werktätigen Massen der deutschen Bevölkerung betrachten es als völlig gleichgültig, welche Verräter die Regierung bilden werden. Ob die Generalsekretäre der Industrie oder die Parlament-Freunde der SPD, in der künftigen Regierung mehr Ministerposten erhalten werden, ob die Herren Sozialdemokraten offene oder stille Teilhaber des Geschäftes sein werden, ist im Grunde für das deutsche Proletariat gleichgültig. Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt, daß sie jede beliebige Kombination aus den Parteien, Deutsch-national bis SPD, mit derselben Schärfe bekämpfen wird. Die KPD. ist die Todfeindin einer jeden kapitalistischen Regierung mit und ohne SPD. und hat mit dem parlamentarischen Kuhhandel nichts zu tun.

Diese Erklärung unserer Reichstagsfraktion spricht mit aller Deutlichkeit aus, daß die Kommunisten sich durch die verschiedenen Abstimmungen der einzelnen kapitalistischen Gruppen, von der SPD bis zu den Deutsch-nationalen, nicht über die Launen hinwegtäuschen lassen, daß sie alle nur Beauftragte des deutschen Kapitalismus und damit Handlanger der Morgan-Clique sind. Die Kommunisten sagen den Arbeitern ganz offen, daß der „Kampf“ um die Bildung der neuen Regierung, der ganze erbärmliche und niederträchtige Kuhhandel, der sich gegenwärtig in Berlin abspielt, doch nur um die Frage geht, wer für seine Sentenrolle an den deutschen Massen den Lohn im Gehalt von Ministerstellen und Regierungspfründen erhalten soll. Deshalb kündigt die kommunistische Partei, was ja selbstverständlich ist, jeder kommenden Regierung, gleichviel, welcher Zusammensetzung, den schärfsten Kampf an.

Die Kommunisten fordern die Massen gleichzeitig auf, sich eine Regierung zu erkämpfen, die die Forderungen, wie sie aus den dringenden Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter erwachsen, erfüllt. Aber eines weiß jeder deutsche Arbeiter nach den Erfahrungen der letzten Jahre: diese Regierung kann nicht erlangt werden auf dem Wege des parlamentarischen Kuhhandels. Sie muß erkämpft werden durch den Kampf der Massen gegen die Verbrüder der Dawes-Klasse, sie muß aufgerichtet werden durch die Diktatur des Proletariats.

Heute schon erklart in demokratischen Wätern schüchtern die Frage: Wiederauflösung des Reichstages? Und darauf müssen die revolutionären Arbeiter antworten:

Jawohl! Schluß mit diesem Reichstag, aber für immer! Nur mit der Diktatur des Proletariats, die allein die Regierung der Werktätigen, die deutsche Arbeiterregierung, verwirklichen wird!

Die Kuhlumpels rütteln an ihren Ketten

Die Erregung selbst unter den christlichen Bergarbeitern wächst

(Eig. Drahtm.) Essen, 17. Dezember.

In sechs öffentlichen starkbesuchten Bergarbeiterversammlungen, die vom Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter einberufen waren, wurde zur Höhe und Arbeitslosigkeit im Bergbau Stellung genommen. Die Ablehnung des Schlichtenspruches wurde gutgeheißen. Die Stimmung war sehr erregt. Vor allem herrschte große Unzufriedenheit wegen der Arbeitslosigkeit in der Kohlerei. In allen Versammlungen wurde gegen die Verschleppungspolitik und die arbeitereindliche Haltung des zentralistischen Reichsarbeitsministers Besann heftig protestiert und der Achtstundentag und sofortige Lohnmehrung gefordert.

Der Kampf ist unvermeidbar

(Eig. Drahtm.) Wülstheim a. d. Ruhr, 17. Dez.

Die Bergarbeiterverbände haben den Zwangsschlichtenspruch über die Lohnregelung im Ruhrbezogen abgelehnt. In einer längeren Erklärung bescheidet selbst der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter die Lohnhöhe des Zwangsschlichtenspruches als unter keinen Umständen ausreichend. Wie übrigens die „Kölnische Zeitung“ meldet, hat auch der Zechenverband die Ablehnung des Schlichtenspruches beschlossen.

Für die Bergarbeiter erhebt sich jetzt die Frage: Was nun? Es heißt zu erwarten, daß der Zwangsschlichtenspruch für verbindlich erklärt wird. Dazu kommt, daß die Gewerkschaftsführer angeblich nur aus „sakralen“ Gründen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses zurückgekommen seien. Die Bergarbeiter haben sich also zu entscheiden, ob sie bei erhöhter Arbeitslosigkeit für verächtliche Löhne weiter schuften oder ob sie den Kampf aufnehmen wollen gegen das Ausbeuterregiment, für erhöhten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Entscheidung kann nicht schwebelfallen. Bei einem energielosen, geschloffenen Auftreten der Bergarbeiter muß ihnen der Sieg in kürzester Frist zuteil werden.

Sie sind gerichtet — Sie bleiben gerichtet

Magdeburger Prozeß und sozialdemokratische Reinwaschungsversuche

Halle, 17. Dezember.

Vorgeföhrt hatte das „Volkssblattchen“ in Angst und Bangen vor den Enthüllungen des Ebert-Prozesses in Magdeburg vorbeugendeweile Alarm geschlagen. Es handelte sich um Aussagen des Generals und wilhelminischen Munitionsdiktators Wriesberg. Dieser hatte behauptet und unter Eid gestellt, die Verhaftung Rosa Luxemburgs sei auf Veranlassung des Parteivorstandes der SPD. geschahen und erst danach sei in der Öffentlichkeit zum Schein gegen die Verhaftung Rosa Luxemburgs von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Sturm gelaufen worden.

Das „Volkssblattchen“ warnte und beschwor seine Leser, diesen Aussagen, die auch der „Klassenkampf“ bringen würde, nicht Glauben zu schenken und fahle von einer Einheitsfront der Kommunisten mit dem General Wriesberg, die das Andenken Rosa Luxemburgs schände. Dieser Artikel „Wriesberg und die KPD.“ erschien am selben Tage, an dem wir diese Prozeßentwürfungen brachten. Das „Volkssblattchen“ hat es sehr eilig mit seiner „Abwehr“, weil es ein überaus schlechtes Gewissen hat und ihm dieser Prozeß katastrophal unangenehm ist. Der „Klassenkampf“ kann sich Zeit mit seiner Antwort nehmen.

Wenn man die Aussagen Wriesbergs betrachtet, kann man sie nicht, wie es das „Volkssblattchen“ tut, aus dem Zusammenhang der bisherigen Ergebnisse, die der Prozeß an das Tageslicht gefördert hat, herausreißen. Was hat der Prozeß gezeigt? Er hat gezeigt,

daß Ebert, Scheidemann, Noske, d. h. die damalige Parteileitung der SPD, alles getan haben, um jede revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse abzuwürgen, die darauf hinausginge, den Krieg abzulösen und das wilhelminische System zu stürzen.

Die Führer der SPD. haben nach ihrer eigenen Aussage nur deswegen die Führung in jenen Arbeiterkämpfen an sich gerissen, um sie so schnell wie möglich zu beenden. Aus den herrlichen Redebildern der prominenten Sozialdemokraten, — die im Magdeburger Prozeß den Nachweis erbringen, daß sie die treuesten Diener der wilhelminischen Regierung waren, und den Krieg mit allen Mitteln unterstützt haben, — sei nur ein Zitat von Scheidemann gebracht: „Es haben mehrere Sitzungen der Streikleitung stattgefunden, an denen auch Bauer, Ebert, Dittmann und ich teilnahmen. In diesen Sitzungen zeigte sich erst, wie dringend notwendig unser Eintritt in die Streikleitung im Interesse des Vaterlandes gewesen war. Wenn wir nicht in das Streikitee hineingegangen wären, dann würde wahrscheinlich das Gerücht heute nicht tagen können, und dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen (D. Red. d. „Kl.“). Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet, und alles in geregelte Bahnen gelenkt.“

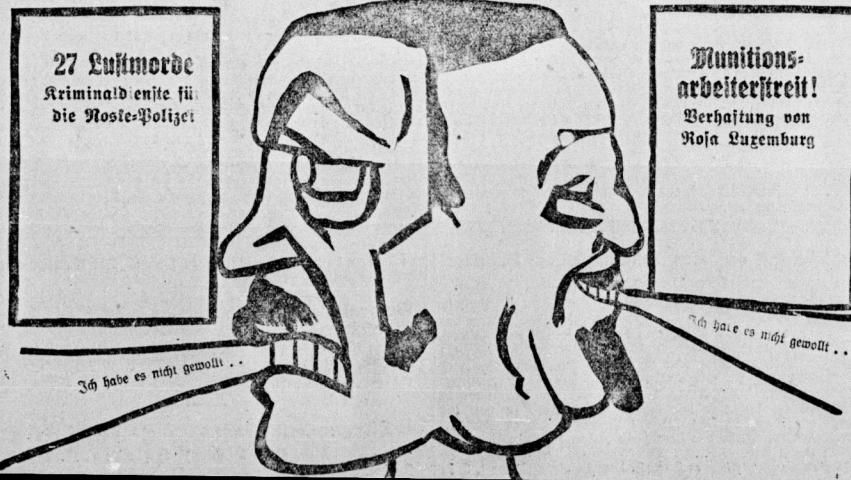
Das ist die Grundeinstellung der SPD. während des Krieges gewesen. Wenn heute die reaktionäre Presse sich an einigen radikalen Redensarten festhält, die die SPD. getan haben soll, (nervl. die Aussagen des Zeugen Krift) so waren diese Redensarten eben notwendig, um den Betrug der Massen diesen gegenüber zu verheimlichen. Radikale Töne mußten hier und da gebraucht werden, um des Einflusses auf die Arbeiterschaft nicht verlustig zu geben. Das hat auch Ebert nachdrücklich bestätigt! Dies muß man in Betracht ziehen bei den Aussagen des Generals Wriesberg.

General Wriesberg hat nichts anderes gesagt, als was Scheidemann, Ebert, Noske e. tutti quanti auch in diesem Prozeß ausgesagt haben.

Er hat lediglich die Beweisfette zugunsten der Aussagen von Ebert, Scheidemann und Noske geschloffen. Rosa Luxemburg war die aktive Kraft, die auf die Beendigung des Krieges und den Sturz des wilhelminischen Systems drängte. Genau so, wie man in der Streikleitung ging, — äußerlich mit einigen radikalen Phrasen, um in Wirklichkeit den Streik heimlicheweile abzumürgen, — genau so protestierte man öffentlich im Reichstag gegen die Verhaftung von Rosa, nachdem man vorher hinter den Kulissen die Verhaftung Rosas selber beantragt hatte und sich aus Prestigegründen vor der Arbeiterschaft einen kleinen Protekturm im Reichstag genehmigen ließ.

In der gestrigen Nummer des „Volkssblattes“ wurde eine wahrhaftige Lendenschuh-Erklärung des Parteivorstandes gegen die Aussagen Wriesbergs wegen der

Das Doppelaesicht der Republik



27 Luftmorde
Kriminale erste für
die Noske-Polizei

Munitions-
arbeiterfreit!
Verhaftung von
Rosa Luxemburg

Ich habe es nicht gewollt...

Der Haarmann-Prozess

Verhandlungsstagen — Ein bürgerliches Urteil — Wird Haarmann zum Tode verurteilt?

Neunter und zehnter Verhandlungstag

Hannover, 16. Dezember.

Wir bringen hier nur die wichtigsten Aussagen und lassen alles Nebenwichtige fort.

Aus dem Fall Reimes:

Vorsitzender: Ja, Witkowski hat sich freiwillig gestellt. Zeuge Godebrand nennt wohl Witkowski, kann aber nichts über ihn aussagen.

Witkowski erzählt, daß ihm Haarmann schon einmal am 20.00. Platz betrogen habe und daß er letztendlich auf dem Polizeipräsidium Anzeige gegen Haarmann erstattet habe, die Polizei ihn aber ausgelacht habe.

Rechtsanwalt Wenzel: Warum sind Sie nicht zu einem Rechtsanwalt gegangen?

Witkowski: Ja, war bei der Polizei und das genügt.

Aus dem Fall Koch:

Zeuge Woschagen: Der ermordete Koch hat mir oft beim Pantoffelmachen geholfen. Ich habe ihn wiederholt vor Haarmann gewarnt.

Vorsitzender: Haben Sie denn Haarmann gefasst? Zeuge: Mir wurde von Haarmann schon vorher viel erzählt. Ich habe Haarmann schon mit einem Jungen aus dem Hainden gefasst und es dem Polizeipräsidium gemeldet. Die Sache liegt noch dort. Der Junge wurde hier nicht als Zeuge geladen.

Aus dem Fall Wod:

Zeuge Happti (der ihn ermordeten Wod persönlich kannte): Ja, mir wurde immer erzählt, daß Haarmann ein Dieb sei.

Zeuge Siewert: Nachdem innerseits die Schärpe in der Leiche gefunden wurden, ging meine Frau wegen Verführung des Halbes zum Polizeipräsidium und hat um Aufführung und Anzeig. Die wurde ihr jedoch verweigert.

Vorsitzender: Haben Sie Haarmann einmal nach Wod gefragt?

Zeuge: Ja, er jagte mir, Hermann Wod weile nicht mehr unter den Lebenden. Ferner blühdete der Zeuge, daß ihm Haarmann früher noch erzählt habe, er (Haarmann) hätte überall in der Polizei herumgelaufen.

Haarmann antwortet: Ja.

Vorsitzender (zum Zeugen): Wissen Sie das genau?

Zeuge: Ja.

Vorsitzender: Wo war denn das Geschehen?

Zeuge: Wir gingen im Zentrum der Stadt, als ich Haarmann fragte, Haarmann sagte mir, er hätte nicht viel Zeit, denn er müsse zur Konferenz nach dem Polizeipräsidium.

Rechtsanwalt Wenzel: Sie kennen doch Haarmann schon längere Zeit. Haben Sie geglaubt, daß Haarmann zur Konferenz ging?

Zeuge: Ja, das habe ich geglaubt!

Zwischenfall zwischen dem Vorsitzenden und Prof. Dr. Leising

Rechtsanwalt Dr. Benfen hält eine Nummer des „Hamburger Anzeigers“ in der Hand und liest daraus einen Satz vor, durch den er sich persönlich schwer getroffen fühlt. Rechtsanwält Dr. Lohse liest dann aus dem „Börsen-Kurier“ einige Stellen vor und protestiert gegen diese Art der Berichtserstattung. Beide Zeitungen brachten die Berichte von Professor Dr. Leising.

Vorsitzender: Herr Professor Leising, als was sind Sie hier, als Reporter oder als Anwalt?

Professor Leising: Ich kann beides nicht voneinander trennen.

Vorsitzender: Sind Sie also nicht als Berichterhalter hier? Professor Leising: Ich bin hier, um die Rechtssache zu finden und die Schuld der Polizei festzustellen.

Das Gericht will Befehl darüber fassen, ob Professor Dr. Leising von der Verhandlung ausgeschlossen werden soll.

(Wir bringen anschließend den Ausgang aus einem Artikel von Professor Dr. Leising, damit unsere Leser sehen, wie ein bürgerlicher Gelehrter über den Haarmann-Prozess urteilt.)

Wie ein bürgerlicher Professor über den Haarmann-Prozess urteilt

Ein liberaler Professor, der Schriftsteller Theodor Leising, fand den für keine bürgerliche Anschauung anerkennenswerten Mut, neben Haarmann und Kumpant auch die Polizei und Justizorgane auf die Angelegenheit zu verweisen. Leising schreibt im Berliner „Börsen-Courier“ vom 12. D. folgendes:

„Das war eine schöne Zeit auf der „Insel“ oder in Klein-Benedig, so heißt der Hauptort in Hannovers Albstadt, wo Haarmann wohnte. Da kamen alle Polizeibeamte und jungen Jungens zusammen, und Herr Haarmann als Kriminal wußte immer, wenn eine Kassa war und mochte es im vorende herrschen. Nachmittags kam oft Herr Kumpant, ein gewisser G. D. Kumpant, der Kompagnon von Herrn Haarmann, und auch Herr Kriminalkommissar Müller kam gern zu einem Glaschen Cognat und freilich Saftfleisch. Haarmann aber, dreht und laubert, hielt auf Ordnung. Er unterließ sich nicht weleentlich von anderen Polizeibeamten, er war schließlich intellektuell. Er tat der Polizei ja auch in manchen Sachen und in fünf Fällen, wo sie durchaus nichts herausbringen konnte, da half Herr Haarmann der Polizei, und da brachte sie etwas heraus. Und dafür ist man ihm genau wie bei Mutter Engel auch noch dankbar. Und sobald Haarmann von der Polizei freit, so entlastet er sie und sobald die Polizei vor Gericht erscheint, da wird auch der Herr Vorsitzende und der Herr Staatsanwalt ungemein anmutig (1).“

... als Herr Wibel, dem man seinen Jungen vorsetzte, und der wiederum der Polizei antwortet, weil nach seiner ersten

Polizeiüberfall auf eine kommunistische Ordnerei

(Eig. Drahtm.) Jena, 17. Dezember.

Am Dienstag drang Polizei in das Gebüde der A.F.D. in Jena ein, sprengte das Haus ab und durchsuchte sämtliche Räume der A.F.D. und Gesellschaften. In der A.F.D. wurde ein Mann der A.F.D. verhaftet, der Kompagnon von Herrn Haarmann, und auch Herr Kriminalkommissar Müller kam gern zu einem Glaschen Cognat und freilich Saftfleisch. Haarmann aber, dreht und laubert, hielt auf Ordnung. Er unterließ sich nicht weleentlich von anderen Polizeibeamten, er war schließlich intellektuell. Er tat der Polizei ja auch in manchen Sachen und in fünf Fällen, wo sie durchaus nichts herausbringen konnte, da half Herr Haarmann der Polizei, und da brachte sie etwas heraus. Und dafür ist man ihm genau wie bei Mutter Engel auch noch dankbar. Und sobald Haarmann von der Polizei freit, so entlastet er sie und sobald die Polizei vor Gericht erscheint, da wird auch der Herr Vorsitzende und der Herr Staatsanwalt ungemein anmutig (1).“

... als Herr Wibel, dem man seinen Jungen vorsetzte, und der wiederum der Polizei antwortet, weil nach seiner ersten

grüniespaß zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat beschloß dem Antrag gemäß.

3 Prozent Zohn,erhöhung“ auch im sächsischen Bergbau

(Eig. Drahtm.) Dresden, 17. Dezember.

Bei den sächsischen Bergbauern im sächsischen Bergbau wurde ein Schließspruch gefällt, der eine „Erhöhung“ um 3 Prozent vorseht.

Die Morgens-Reichsbahn-Gesellschaft baut weiter ab

(Eig. Drahtm.) Opladen, 17. Dezember.

In der Eisenbahnhauptwerkstätte Opladen wurden 200 Eisenbahner entlassen.

Streik der Sägezweiarbeiter in Thüringen

Der in Götzen ausgebrochene Streik der Sägezweiarbeiter hat weiter um sich gefressen. Es wird gemeldet, daß sich die Sägezweiarbeiter in Groß-Weitenbach, Kahla, Grünau, Hermersdorf und Langenfeld dem Streik angeschlossen haben.

Anzeige wegen seines Zeugens noch fünf weitere Morde geschehen müßten, ob der Vollzeitsapparat zu funktionieren begann, als der verübte Vater gern im Saal bleiben will, da wird er hinausgeworfen, weil man eine Erklärung der Verhandlung fürchtet. Warum, Herr Götzler, bist du in Hannover nur als Philosoph geboren. Da lebe ich hier nun schon 60 Jahre und habe es zu nichts gebracht, wenn ich mal wieder in Hannover geboren werde, dann werde ich ein Herr Kumpant...“

Ein vernichtendes Urteil als Folge Proschbetrachtung eines bürgerlichen Professors über das Polizei- und Justizsystem des Staates ist kaum denkbar.

Da helfen auch alle noch so fantastischen Verleumdungsversuche der Vorsitzenden des hannoverschen Schwurgerichts in dies, der gegen einen Antrag des Staatsanwalts (1) mit den Worten wüßte:

„Wir sind doch nicht dazu da, zu prüfen, ob die Polizei ihre Schuldigkeit getan hat.“

Wir können den Angeklagten nicht zumuten, jeden Abend bis 7 Uhr zu sitzen.“ (1)

Wie wir, sich ein Haarmann über die wohlwollende und zuvorkommende „Anleitung des Proschreiters geht und geschmeichelt warfemmen. Nun, Haarmann weiß, wie er sich zu verhalten hat. Er „entlastet“ die Polizei.

Wird Haarmann zum Tode verurteilt?

Der nachfolgende Auszug stammt aus dem 8-Uhr-Abendblatt vom 8. Dezember und ist von Dr. Manfred Georg geschrieben worden. Hier sind schon alle Gründe an die Hand gegeben, hinter die man sich bei einer Auslegung der Todesstrafe verbergen wird.

Die Gründe sind natürlich im Vorwand, um hinter ihnen das Aufeinanderkommen in sozialen Haarmann und seinen finanziellen und gesellschaftlichen Hintergründen verbergen zu können. Dr. M. Georg schreibt:

Der dielen Riefenproch oberflächlich betrachtet, dem scheint er heute schon gelöst. Haarmann ist ein 27-jähriger Arbeiter, Grans ein Justizler, und beide haben das Todesurteil als sicher zu erwarten. Daran wird sich kaum etwas ändern lassen, alles ist, da Haarmann gefasst, so klipp und klar und nichts kann diese Bilanz ändern.

Nein, ganz so einfach liegen die Dinge doch nicht. Wer der Verhandlung beiwohnt, merkt bald, daß noch allerlei dazugehörigen dürfte, um die Gleichung von getönnemtem Leben und gegebenem Tod auf diese Art aufgehen zu lassen.

Vor allen Dingen gehört ja zur Verurteilung wegen Mordes ein bestimmter Paragraph. Und in seiner Anlage hat dieser Herr Haarmann besten Vorwand erfüllt. Es ist nämlich der Begriff „unvorsichtig“ darin

und wenn dieses fürchtbare, lächelnd lächelnde Untier in Menschengehalt auch seine Zeiten in einem gewissen Umfang genuß, so hat er sie doch so geföhrt, daß sie in einem Wahnzustand begangen sein könnten.

„Es kam über mich“, ich wurde unter dem Einbruch irgendeiner geschichtlicher Erregung willenlos“, als ich aufwachte, lag wieder einer tot neben mir“, völlig logisch und niemals irgendeine Unfersheit oder falsche Spiegelung verräudend, ziehen sich diese Behauptungen durch alle seine Angaben.

Er, ein Mann, der die Minderheiten im von Grans jugendlicheren Jungen, weil er Angst hat und weiß, das“ würde wiederentommen. „Das“ ist der manische Anfall der Besessenheit, in dem er den Opfern neben sich die Seele durchschleift. Der er bittet Grans, „dich ein bißchen um ihn aufzuheben, damit es nicht wieder passiert.“ Bisher ist also der Begriff des Vorwages überhaupt noch nicht berührt worden. Er kann in diesem Fall nur großen Wert, wenn Haarmann unzurechnungsfähig ist. Das ist eine der großen Erfindungen des Prosches.

Wird Haarmann wahrscheinlich oder nicht?

Wir haben es hier vermutlich mit einer besonders fürchtbaren Spielart eines Trens zu tun, der in seinen frühen Zeiten alle, die ihn nur flüchtig sehen, über seine wahre Krankheit hinwegtäuscht.

Es wird sich also ein juristisch die schwere Frage ergeben, ob diese entsetzliche Geistes einer ganzen Stadt nach dem Bestreben des Gesetzes überhaupt zum Tode verurteilt werden kann und ob, wenn es geschieht, das Todesurteil vollstreckbar ist.

Haarmann hat sich in diesem Prosch überaus klug verhalten. Immer hat er davon gesprochen, daß er bei den Morden nicht vorsätzlich gehandelt habe, sondern daß dieser Mord im jetzigen Mord nur über ihn gekommen sei. Wenn man diese Aussagen vergleicht mit der Rechnung, die er der Polizei angedeihen läßt, so ergibt sich daraus ein Bild, das einen zu der Vermutung hinführen könnte, daß die Aussagen Haarmanns schon vorher festgelegt worden sind. Man kann dies natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen, aber alles, was man bisher in diesem Prosch erlebt hat, erhebt diese Vermutung. Das torpente kapitalistische System das diesen Vorwand in die Welt hineinschleift, versucht, so wie mit Haarmann hier, daß man sich auf alle Überzeugungsversuche machen muß. Sogar auf die Überzeugung, daß Haarmann selbst unter das Halbheil zu kommen, in ein Sanatorium überführt wird. Trotzdem weisen wir diese Ansicht rot an. Wir glauben vielmehr, daß man Haarmann gewisse Vorteile für seine Aussagen gegeben hat, die ihn und die Polizei isolieren um ihn dann, wenn der Prosch beendet sein wird, doch der „Schlüssel“ zu öffnen, ohne daß er die Möglichkeit haben wird, noch einmal das letzte „ob“ Wort zu sagen. Es paßt nur in diesen Rahmen, wenn Haarmann immer wieder mit einer gewissen Selbstzufriedenheit betont, man möge doch diesen Prosch schnell beenden, er wolle zu Weisheiten bei Mordern im Himmel sein. Wie dem auch sei, für das Protokoll ist der Prosch Haarmann mit dem Urteilsspruch, muß er ausfallen, wie er wolle, nicht beendet. Er beginnt erst dann, wenn die Polizei und was damit zusammenhängt, wenn die nicht unbeteiligten Kreise des hiesigen Willens in Hannover vor die Schranken des Gerichts gerufen werden, wenn aus dieser lächerlichen Szene ein Tribunal wird, das sich um Gerechtigkeit über das verurteilte System einer verfaulenden Gesellschaftsordnung auswirft.

Auslagen Wriesbergs und vom Steins nicht auch unter Eid nehmen lassen? Warum hat man nicht sofort die beiden Generale als Meineidige dingeltelt und mit einem Prosch gegen die beiden Generale gebrocht? Warum werden die prominenten Führer der Sozialdemokratie es auch in Zusammenhang nicht auf einen Prosch ankommen lassen? — Das „Volksblatt“ wird uns auf diese Frage keine Antwort erteilen. Wenn die Generale Wriesbergs und Steins heute nicht mehr die Namen der Sozialdemokratie wissen, die damals die Verhaftung und das Verbot forderten, so hat dies nichts zu bedeuten. Parteivorstände haben ihre Adjutanten und Herr Ebert war auch schon damals Diplomat genug, solche Angelegenheiten nicht persönlich zu erledigen, sondern aus Gründen der offenen Türen — von anderen erledigen zu lassen.

Die Auslagen der Wriesberg, Stein stimmen nicht deshalb, weil es wilhelminische Generale sind, sondern weil diese Generalen den logischen Schlüßstein legen unter das, was die Sozialdemokraten der Zeugen, vor allem der prominenten sozialdemokratischen Zeugen im Wiedeburger Prosch, auszusagen haben. Die Einheitsfront „zwischen Wriesberg und SPD“ ist nichts anderes als ein unglückliches Geschick, das die Tatsache der wirtlichen Einheitsfront, der Einheitsfront zwischon der SPD und der wilhelminischen Generale, die die Einheitsfront nicht zu verteidigen soll. Die deutsche Arbeiterchaft kennt die Gründe dieser Einheitsfront. Sie hat sie im vierjährigen Wirtformorden am eigenen Leibe und am Leibe ihrer Frauen und Kinder gespürt, sie hat schauernd erlebt in den Januarformierten 1919, als Rosa Luxemburg, gemordet von den uniformierten Freunden der Sozialdemokratischen Klasse, als Opfer dieser Einheitsfront auf dem Straßenplatz Berlins lag. Auch an diesem Mord ist die Sozialdemokratie nicht unangeführt. Sie hat nicht nur die Offiziere, die Wiedeburger bemalmten, sie hat sie direkt zum Mord an Karl und Rosa angesetzt. Jeder Arbeiter kennt den Vers, den der „Sturm“-Dichter und Redakteur Arthur Zidler am Tage vor der Ermordung Rosas in diesem „Centralorgan“ der Sozialdemokratischen Partei veröffentlichte:

„Hundert Tote in einer Nacht! Sozialisten! Kahl, Rosa, Kahl und Kumpant! Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei, Sozialisten!“

Das ist die wahre Einheitsfront mit der wilhelminischen Soldateska! Aber der andere Partner sind nicht die Kommunisten, sondern sind die verächtlichen und verächtlichen sozialdemokratischen Führer, die Ebert, Schibemann, Kasse, Kuntze und ihre Genossen. Arm in Arm mit den blutbesudelten wilhelminischen Generalen, so steht die deutsche Sozialdemokratie in der Gefährt der Arbeiterchaft, die in treuer Einheitsfront mit den Wriesberg, Lubendorff und Kaulorsten: im Jahre 1914 beim Verrat der Aton Rosas, 1916, als sie deren Verhaftung forderten, 1919, als sie zur Ermordung Rosas aufstehen und die Mörder freundschaftlich entkommen lassen.

Das weiß die mitteldeutsche Arbeiterchaft ganz genau, und darüber kann sie kein Knüttgewimmer des „Volksblattes“ hinwegtäuschen!

Ein unumwiderlegliches Dokument

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS BERLIN SW 68, den 6. Januar 1915. Der Parteivorstand, Lindenstraße 5. Der Parteisekretär, Lindenstraße 5. Aus Westphalen No. 14746, 14747.

As den Vorstand des sozial. Wahlvereins für den Kreis Nieder-Barnim.

Werte Genossen!

Der Parteivorstand hat sich heute mit Ihrem Antrag vom 5. d. M. beschäftigt, der verlangt, daß aus Anlaß der Aufforderung zum Strafantritt an die Genossin Luxemburg, die Partei unverzüglich Kundgebungen veranstalten soll.

Der Parteivorstand hat den Antrag einmütig abgelehnt. Bisher waren in der Partei allgemeine Kundgebungen solchen Anlasses wegen nicht üblich. So schwer auch die Verurteilung der Genossin Luxemburg ist, gegen die seinerzeit in der Partei schärfster Protest erhoben wurde, so liegt doch jetzt beim Strafantritt kein Anlaß vor, anders zu verfahren als in ähnlichen Fällen. Dazu kommt, daß die verlangten Kundgebungen, bei denen wir „unseren prinzipiellen Standpunkt zum Militarismus scharf betonen“ sollen, unter dem Kriegszustand unmöglich sind. Die Veranstaltung der verlangten Kundgebungen trotz Verbotes wäre aber nur unter schwersten Opfern der Parteigenossen möglich. Zu dieser äußersten Notwendigkeit liegt jedoch in diesem Falle kein ausreichender Anlaß vor.

Mit Parteigrüß

(Handwritten signature)

Der Bürger Ebert hat sich um das kaiserliche Vaterland wohlverdient gemacht. Er hat jede Protestation wegen der Einberufung seiner Parteigenossen Rosa Luxemburg verboten. Wegen die Strenge der Internationalen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hängen — wir gingen zu Hindenburg

Nur die Arbeiter werden verurteilt!

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 17. Dezember. Anlaßlich einer Versammlung gegen die Zustände kam es zu Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Berührungsbewegungen. Dabei hat die Eino einen Teilnehmer der Verammlung erlösen. Gegen diesen Mörder ist bis heute nichts unternommen. Gehen müßte sich eine Genossin verurteilen wegen Kambriensbruchs, Zulassungstellung, Unvorsichtigkeit usw. Sie wurde zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt.

„Wäre der Ebert-Prozess vor den Wahlen gewesen“

Die „Kote Rahne“ gibt in ihrer Dienstnummer unter der Überschrift: „Was denken die Arbeiter über die Wahlen?“ einen der folgendenmaßen lauter: „Bei der Wahl im März habe ich noch sozialdemokratisch gewählt. Ich habe eingesehen, daß das richtig war. Einmal Partei, die das Daves-Gebäude mit anzusehen half, kann kein Arbeiter seine Zustimmung. Bedauerlich ist, daß noch so viele Arbeiter für die SPD gestimmt haben. Wäre der Prosch mit Zeit Ebert in Wiedeburger von den Richtern gemessen, dann hätten von den ehrlichen Arbeitern in der SPD, mehr als die Hälfte kommunistisch gewählt.“



